

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 1/2018 · 64. Jahrgang G2977



**Würdevoll – wertvoll
Pflege in guten
Händen**

CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt	
Pflege in guten Händen	
Viel getan – viel zu tun	5
In Würde altern	7
Pflege am Limit	8
Equal Pay	
International gleicher Lohn	10
Flüchtlinge	
Aus einer Hand	11
Frau im Gespräch	
DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt	12
Frau & Info	13
Frau vor Ort	
Frauen gewinnen	14
Frau & Buch	
Herausforderungen des Populismus	15
Impressum	15



Liebe Frauen,

der Koalitionsvertrag für eine neue Große Koalition ist formuliert. Er ist – trotz zum Teil auch schmerzhafter Kompromisse – insgesamt ein gutes Fundament für eine Politik, um unseren Wohlstand in Deutschland erhalten und ausbauen zu können. Überall dort, wo es um Fortschritt geht, ist die Union am Zug. Ob Wirtschafts- und Energie-, Verkehrs- und Digital-, Bildungs- und Forschungs- oder auch Gesundheitsministerium: All diese Ressorts widmen sich wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen, in denen mittels Innovationen, neuen Technologien und Investitionen in die Infrastruktur die Weichen für Deutschlands Zukunft gestellt werden. Ein zweiter großer Schwerpunkt sind die Sicherheitsressorts: Die Union stellt auch künftig die Innen-, Verteidigungs- und Entwicklungsminister und kann damit entscheidend zu mehr Sicherheit vor Ort und Partnerschaft in Europa und der Welt beitragen. Aber auch vom Ministerium für den Ländlichen Raum bis zur Integration im Kanzleramt können wir wichtige Impulse für den Zusammenhalt hier bei uns im Land erwarten. Viele Punkte, die uns wichtig sind und in unserem Regierungsprogramm 2017-2021 standen, sind in der Koalitionsvereinbarung 1:1 übernommen.

Nicht nur in der Präambel wird festgehalten, dass Familien und Kinder für uns im Mittelpunkt stehen. Wir stärken Familien und sorgen dafür, dass Familie und Beruf besser vereinbar sind. Wann hatten wir in der Vergangenheit einen Koalitionsvertrag, indem das Familienkapitel den Auftakt bildete? In harten Verhandlungen haben wir erreicht, dass daraus ein mehr als 8,5 Mrd. Euro schweres Entlastungs- und Unterstützungspaket für Familien und Kinder wurde.

Wir wollen eine neue Dynamik für Deutschland. Das ist keine Worthülse. In der Verhandlungsarbeitsgruppe Familie, Frauen, Jugend und Senioren haben wir konkrete Fortschritte für über 8 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern ausgehandelt. Konkret erhalten Familien für jedes Kind ein höheres Kindergeld von 25 Euro pro Monat bzw. einen erhöhten steuerlichen Kinderfreibetrag. Zusätzlich bekämpfen wir die Kinderarmut mit einem höheren Kinderzuschlag und besseren Leistungen für Bildung und Teilhabe. Einkommensschwachen Familien

helfen wir ganz konkret, aus dem Hilfebezug herauszukommen. Wir schaffen konkrete Angebote und Anreize z. B. für erwerbstätige Alleinerziehende, sich und ihre Kinder selbstständig zu versorgen.

Auch der Traum vom eigenen Heim rückt für junge Familien näher, indem sie Hilfe beim Erwerb von Wohneigentum erhalten. Mit einem Baukindergeld von 1200 Euro je Kind pro Jahr über zehn Jahre hinweg erhalten Familien einen Zuschuss. Das Baukindergeld wird flächendeckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuerndem Haushaltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 15.000 Euro pro Kind gewährt.

Der neue Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter unterstützt konkret bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen für erwerbstätige Eltern, Alleinerziehende und pflegende Angehörige ermöglichen mehr Familienzeit. Dies ist ein Projekt, für das wir als Frauen Union lange Jahre gekämpft haben. Zusammen mit dem Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit (Teilzeitrückkehr) sind hier echte Meilensteine erreicht.

Zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten Länder und Kommunen beim Ausbau und der Steigerung der Kitaqualität, so werden Eltern nicht nur bei den Gebühren entlastet, sondern Kinder auch gut betreut. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft, deshalb stärken wir künftig ihre Rechte mit einem Kindergrundrecht im Grundgesetz.

Mehr Schutz für Frauen und Kinder vor Gewalt wird zu einem politischen Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode. Dazu gehören u.a. ein neues Kinder- und Jugendhilferecht, ein zeitgemäßer Jugendmedienschutz und ein Investitions- und Innovationsprogramm für Frauenhäuser.

Wir knüpfen aber auch an die Projekte der letzten Legislaturperiode an. Dort haben wir nicht nur mit dem Entgelttransparenz-Gesetz und dem Einsatz für mehr Frauen in Führungspositionen Gleichstellungspolitik nach vorne getragen. Hier setzen wir weiter an und wollen mit dem Öffentlichen Dienst als gutem Beispiel vorangehen. Bis 2025 wollen wir dort die Gleichstellung in Führungspositionen

erreichen. Wir erweitern das Gesetz für Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft auf Unternehmen mit Bundesbeteiligung und Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Bundesebene. Verweigerungshaltung werden wir künftig sanktionieren. Soziale Berufe sollen aufgewertet werden. Strukturelle Ungleichgewichte von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die zur Entgeltlücke wesentlich beitragen, wollen wir gezielt abbauen. Dazu wollen wir u. a. finanzielle Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen abbauen und streben Ausbildungsvergütungen an.

Auch im Kapitel „Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten“ haben wir frauenpolitisch relevante Verbesserungen umgesetzt. Die Rentenlücke von Frauen soll weiter verringert werden. Mütter und Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, sollen künftig auch das dritte Jahr Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen. Wir wollen die „Mütterrente II“ einführen. Das ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Altersarmut. Diese Verbesserungen bei der Mütterrente durch einen 3. Entgeltpunkt pro Kind sollen für Mütter und Väter gelten, die drei und mehr Kinder erzogen haben.

Anhand dieser wenigen Beispiele aus dem Bereich, den ich maßgeblich mitverhandelt habe, möchte ich Ihnen aufzeigen, dass die in harten Verhandlungen gefundenen Ergebnisse überzeugen und zu einem guten Koalitionsvertrag beigetragen haben. Die Bürgerinnen und Bürger hätten kein Verständnis gehabt, wenn die Verhandlungen und die Regierungsbildung am Ende an der Frage von Posten gescheitert wären. Wir müssen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik wieder stärken. Der Koalitionsvertrag ist eine überzeugende Grundlage, um darauf eine gute und stabile Bundesregierung zu bauen.

Herzlichst,

Annette Widmann-Mauz MdB

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Menschen in der Pflege

Die Situation der Pflegekräfte gerät oft aus dem Blick. Wenn über die sogenannte „Pflegekatastrophe“ berichtet wird, dann geht es zumeist um die Töchter und Söhne, Ehefrauen oder Ehemänner, also die Familie, die sich um die Betreuung ihrer Angehörigen kümmert. Es geht in den Berichten oft auch um persönliche Erlebnisse.

Die Pflege ist als Kernthema in der Politik längst angekommen. Eine Pflegereform wurde auf den Weg gebracht. Und doch ist die Unzufriedenheit groß. Was ist zu tun? Politik und Praxis geben uns Antworten. Pflegekräfte wachsen nicht auf Bäumen. Es ist eine große Aufgabe, die Pflege in Deutschland zur Zufriedenheit der in ihr arbeitenden Menschen, der pflegenden Angehörigen und der zu Pflegenden zu organisieren.



Foto: BMG/Jochen Zick (action press)

Zur Weiterentwicklung der Pflege und der Verantwortung zur zukunftsorientierten Gesundheitsversorgung zum Wohle der Menschen.

Viel getan – viel zu tun

Jeder von uns kann durch Alter, Erkrankung oder einen Unfall irgendwann im Laufe seines Lebens auf die Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen sein – vorübergehend oder möglicherweise auch auf Dauer. Schon heute leben bereits 3,3 Millionen Pflegebedürftige in unserem Land, 1,7 Millionen davon mit einer Demenzerkrankung. Insbesondere in der letzten Wahlperiode hat die Politik dieser Entwicklung Rechnung getragen, indem wir die Stärkung der Pflege in Deutschland vorangetrieben und Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und unsere Pflegekräfte mit umfassenden Leistungsverbesserungen gestärkt haben. Dazu zählt etwa die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes, durch den Menschen mit Demenz erstmals gleichberechtigten Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung erhalten haben. Dazu zählt aber auch die aus sozialpolitischer Sicht dringend notwendige Vereinheitlichung des von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu tragenden Eigenanteils für Pflegeleistungen im Heim. Das heißt: Selbst wenn Hilfe- und Pflegebedürftigkeit zunehmen und deshalb der Pflegegrad steigt, müssen die Betroffenen – anders als früher – nicht mehr aus der eigenen Tasche zuzahlen.

Darüber hinaus haben wir die Unterstützung der Pflege zu Hause und in unseren Pflegeeinrichtungen um jährlich mehr als fünf Milliarden Euro verbessert. Das Leistungsvolumen der Pflegeversicherung hat sich damit um rund 20 Prozent gesteigert. Insgesamt haben wir im Bereich „Pflege“ einen echten Kraftakt vollbracht und hier in der letzten Wahlperiode viel geschafft. Dennoch steht für uns aber auch fest – es bleibt noch viel zu tun. Das wollen wir anpacken.

So gilt es zum Beispiel mit Blick auf die pflegenden Angehörigen, die Angebote in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie in der Tages- und Nachtpflege bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Gleichfalls müssen wir im Falle von Pflegebedürftigkeit bessere Zugänge zu Rehabilitationsleistungen schaffen. Das ist mir ein besonders wichtiges Anliegen. Überdies wollen wir die Personalausstattung in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen in dieser Wahlperiode noch stärker in den Blick nehmen. Schließlich werden wir die Weichen für eine zukunftssichere Pflege in unserem Land nur zuverlässig stellen können, wenn wir über eine ausreichende Zahl an Fachkräften verfügen und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte erreichen. Dazu haben wir uns in einem ersten Schritt auf ein Sofortprogramm geeinigt. Ganz klar ist aber auch – weitere Schritte müssen folgen. Aus diesem Grund gilt es, die Aus- und Weiterbildung nachhaltig zu stärken, um noch mehr Pflegehilfskräfte für die Fortbildung zur Pflegefachkraft zu gewinnen. Ebenso müssen wir uns dafür einsetzen, dass Pflegekräfte durch gute Arbeitsbedingungen und mehr betriebliche Gesundheitsförderung lange in ihrem Beruf bleiben und auch Vollzeit arbeiten wollen. Außerdem muss die Bezahlung der Pflegekräfte weiter verbessert werden. Eine faire Bezahlung für alle diejenigen in unserem Land, die mit ihrer Pflegetätigkeit Enormes leisten, muss selbstverständlich sein.

Bereits in der letzten Wahlperiode haben wir die Pflegekassen und Sozialhilfeträger gesetzlich verpflichtet, die Zahlung von Tariflöhnen in der Altenpflege als wirtschaftlich anzuerkennen und damit eine vollständige Finanzie-

Kraftakt für die Pflege. Das muss weitergehen!

mehr als 50%
Leistungsanstieg
in der Pflege

2017
35,5 Mrd. Euro

2013
23,3 Mrd. Euro

rung sicherzustellen. Jetzt sind die Pflegeeinrichtungen gefordert dafür zu sorgen, dass es überall in Deutschland faire Löhne für unsere Pflegekräfte gibt. Gleiches muss natürlich auch für den Krankenhausbereich gelten. Bisher werden die Tarifsteigerungen dort nur teilweise von den Kostenträgern getragen. Hier muss es jetzt unser Ziel sein, dass Tarifierhöhungen für Pflegekräfte im Krankenhaus künftig vollständig von den Krankenkassen getragen werden. Schließlich hilft es niemandem, wenn Kliniken Lohnerhöhungen für Pflegekräfte durch Personalabbau an anderer Stelle finanzieren und damit die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte verschlechtern. Infolgedessen wollen wir in dieser Wahlperiode das Thema Pflegepersonaluntergrenzen weiterentwickeln und sie für alle bettenführenden Abteilungen anstreben.

Wie sehr uns die Verbesserung der Personalsituation schon in der vergangenen Wahlperiode am Herzen gelegen hat, spiegelt sich unter anderem in der Tatsache wider, dass mit 60.000 Beschäftigten in den stationären Einrichtungen heute schon mehr als doppelt so viele Betreuungskräfte wie vor vier Jahren arbeiten. Dahinter stehen für die Menschen beeindruckende 1.800.000 zusätzliche Wochenstunden – für Angebote wie gemeinsames Musizieren, Gespräche oder „einfach da sein“. Die Kosten dafür trägt allein die Pflegeversicherung. Diese Maßnahmen stärken nachhaltig die Personalsituation in der Pflege und tragen dazu bei, dass die Menschen, die in der Pflege tätig sind, ihre Arbeit gut und motiviert ausüben können.

Diese Motivation wollen wir nun in den kommenden Monaten weiter stärken. Geschehen soll dies unter ande-

rem mit verbindlichen Personalbemessungsinstrumenten. Sie wollen wir auch im Hinblick auf die Pflegesituation in der Nacht einführen. In der Altenpflege hat der Gesetzgeber bereits die Einführung eines einheitlichen Personalbemessungsverfahrens beschlossen. Das gilt es jetzt zügig zu entwickeln und umzusetzen. Darüber hinaus wollen wir in einer „Konzertierten Aktion Pflege“ eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Situation in der Altenpflege. Dazu gehört insbesondere die Stärkung von Angeboten, die besonders pflegende Angehörige unterstützen. Wir sind uns außerdem einig, dass in der Krankenpflege ebenfalls Sofortmaßnahmen für bessere Personalausstattungen ergriffen werden müssen und zusätzliche Stellen zielgerichtet gefördert werden sollen.

Vor 23 Jahren hat die Union mit Inkrafttreten der Pflegeversicherung den Menschen das Signal gegeben: Auch bei Pflegebedürftigkeit lassen wir Euch nicht alleine. Bis heute haben Politik und Gesellschaft dank der Rahmenbedingungen, die die Pflegeversicherung geschaffen hat, dieses Versprechen gehalten. In der letzten Wahlperiode haben wir dieses Versprechen mit einem Fächer von Maßnahmen und mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes erneuert. Diesen Weg der zielgerichteten Pflege setzen wir jetzt fort. Darin sehe ich unsere Verantwortung, wenn es uns ernst ist, eine zukunftsorientierte Gesundheitsversorgung zum Wohle der Menschen umzusetzen.

Hermann Gröhe MdB
ist Bundesminister für Gesundheit

In Würde altern



Unser wichtigstes Ziel: In Würde altern

Wir wissen es alle: Wir werden immer älter. In Sachsen ist das Durchschnittsalter seit 1990 um mehr als sieben Jahre angestiegen. Das an sich ist eine gute Nachricht. Das heißt aber auch, dass es mehr ältere Menschen gibt, die zunehmend Unterstützung und Hilfe benötigen. Wir haben in Sachsen ein breit aufgestelltes Angebot an Diensten und Einrichtungen, in denen unsere Pflegekräfte täglich Großartiges leisten. Hervorragend ergänzt werden sie durch viele ehrenamtliche Helfer.

Das ist uns wichtig. Denn der Wunsch der allermeisten: Sie wollen solange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben. Manchmal genügen dafür kleine Unterstützungsleistungen. Wir finanzieren Alltagsbegleiter. Sie helfen bei Behördengängen oder beim Einkauf. Sie binden Senioren mit ein und schützen sie so vor sozialer Isolierung. Das ist der Weg, den wir in Sachsen gehen. Alltagsbegleiter sind in ganz Sachsen ehrenamtlich unterwegs.

Viele ältere Menschen werden von ihren Familienangehörigen unterstützt. Die Familie ist bei uns der Pflegepartner Nummer 1. Jedoch gehen die Angehörigen oft bis an ihre Belastungsgrenzen. Auch hier bieten wir in Sachsen Hilfe. Wenn Pflegebedürftigkeit eintritt, können Nachbarschaftshelfer unterstützen. Sie betreuen Pflegebedürftige oder besonders beaufsichtigungsbedürftige Personen stundenweise. Pflegenden Angehörige werden dadurch entlastet. Um alle Beteiligten und Akteure bei diesen helfenden Diensten zu beraten und zu unterstützen, hat das Sozialministerium eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Auch ältere Menschen können sich an sie wenden. www.koordinierungsstelle-sachsen.de

Sachsen geht auch bei der Pflegeberatung einen eigenen Weg – zu den älteren Menschen und ihren Angehörigen hin. Pflegeberatung findet da statt, wo der Pflegebedürftige sie möchte. Mit der vernetzten Pflegeberatung gelingt es uns, Hilfe- und Versorgungsleistungen zu koordinieren, damit im konkreten Einzelfall passgenaue Unterstützungen erfolgen können. Zur Stärkung der vernetzten Pflegeberatung vor Ort hat Sachsen in den Landkreisen und kreisfreien Städten Pflegekoordinatoren implementiert. Sie werden vom Freistaat Sachsen gefördert. Denn die Partner vor Ort wissen am besten, was vor Ort gebraucht wird.

Aber auch als Freistaat Sachsen leisten wir unseren Beitrag. Wir haben eine umfangreiche Pflegedatenbank aufgebaut, die verlässliche Informationen über Angebote zur Unterstützung im Alltag, aber auch über pflegenaher Dienstleistungen zu jeder Zeit enthält: www.pflegenetz.sachsen.de

Aber alle politischen und strukturellen Maßnahmen nutzen wenig ohne die Menschen. Unsere Pflegekräfte leisten Unglaubliches. Deshalb ist es unsere wichtigste Aufgabe, unseren Pflegekräften die verdiente Anerkennung und Wertschätzung auch spürbar entgegenzubringen. Wie können wir Danke sagen? Wie können wir Wertschätzung fühlbar machen? Wie können wir wieder mehr Menschen für den Pflegeberuf begeistern? Das sind die Fragen, die wir in den nächsten Monaten beantworten müssen.

Barbara Klepsch ist Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz in Sachsen



Foto: DBfK

Die Pflegeberufe: überlastet, überaltert, übergangen – unterschätzt

Pflege am Limit

„Pflege am Limit“ – so wird seit Jahren die Situation in Deutschlands Krankenhäusern und Pflegeheimen auf den Punkt gebracht. „Am Ende“ titelt der SPIEGEL am 27. Januar und beschreibt die „Pflegekatastrophe“, die sich lange angebahnt und inzwischen beängstigende Dimensionen angenommen hat. Wie lange können professionell Pflegenden „Arbeiten am Limit“ eigentlich aushalten, ehe sie kollabieren – und mit ihnen ein ganzes Gesundheitssystem, das seit Jahren auf äußerst wackligen Füßen stehen gelassen wird? Pflege ist ein Frauenberuf, sind deshalb die Arbeits- und Entwicklungsbedingungen so schlecht? Die Situation der Pflegefachpersonen in Deutschland und die damit verknüpften Herausforderungen lassen sich an fünf Aspekten klar verdeutlichen:

Arbeitsbedingungen: Der Alltag beruflich Pflegenden ist hierzulande gekennzeichnet durch gravierende personelle Unterbesetzung in allen Sektoren. Das prägt die Arbeit am Kranken- und Pflegebett: drastisches Ungleichgewicht zwischen Arbeitsvolumen und bereitstehender Personalressource; schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben; kontinuierlicher Zeitdruck; Dauer-Spagat zwischen berechtigten Erwartungen pflegebedürftiger Menschen und dem, was unter den gegebenen Bedingungen geleistet werden kann; implizite Rationierung, die längst über fehlende Zuwendung hinausgeht und folgenschwere Hygienemängel, defizitäre Krankenbeobachtung und Körperpflege sowie Medikationsfehler beinhaltet und schwere Komplikationen in Kauf nimmt. Deutschland liegt bei der Pflegepersonalausstattung im Vergleich der

Industrienationen auf hintersten Plätzen. Die Folgen sind nicht nur Versorgungsdefizite und fehlende Patientensicherheit, sondern auch seit Jahren steigender Krankenstand sowie hohe Fluktuation in den Pflegeberufen.

Unmittelbar verknüpft mit den anhaltend schlechten Arbeitsbedingungen ist ein nächster Punkt zu sehen, der Pflegefachkräftemangel. Was sich heute am Arbeitsmarkt als Vielzahl nicht besetzter Pflegefachkraftstellen oder Vakanzzeit bis zur Wiederbesetzung (ca. 160 Tage) darstellt, ist in weiten Teilen hausgemacht. Deutschland hat keinen absoluten Pflegefachkräftemangel, sondern zu wenige Pflegefachpersonen, die sich unter den heutigen Bedingungen noch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen wollen. Wäre es in den vergangenen Jahren durch Investitionen in gute Arbeitsplatzqualität und Mitarbeiterbindung gelungen, die Tausenden von Pflegefachpersonen, die Jahr für Jahr erfolgreich ihre Ausbildung abgeschlossen haben, im Beruf zu halten und ihnen gute Perspektiven zu bieten, gäbe es in Deutschland ein Überangebot und wir könnten Fachkräfte exportieren. Der demografische Wandel hat in dreifacher Hinsicht unmittelbare Effekte: mit höherem Lebensalter ist ein steigender Bedarf an professioneller Pflege verbunden; die beruflich Pflegenden selbst altern auch, bald steht eine große Berentungswelle bevor, die keineswegs kompensiert werden kann. Und schließlich muss die Pflege mit attraktiveren Branchen konkurrieren um geburtenschwache Schülerjahrgänge, die andere Erwartungen an Vereinbarkeit von Leben und Beruf haben als ihre Eltern und Großeltern.



Foto: DBfK

Bildung. Deutschland ist beim Ausbildungsniveau in den Pflegeberufen Europas Schlusslicht. Was 2013 in Brüssel begann, als Deutschland das mit Abstand niedrigste allgemeine Schulbildungsniveau als Zugangsvoraussetzung durchsetzte, wurde 2017 fortgeführt und erneut die Chance verspielt, deutsche Pflegebildung internationalen Standards anzunähern. Ein Konzept, das weltweit üblich ist und sich bewährt hat – ein generalistisch ausgerichteter Pflegeberuf mit einem breiten Spektrum an Tätigkeitsfeldern und Entwicklungsmöglichkeiten – wurde Arbeitgeberinteressen geopfert. Für die bisher in Modellstudiengängen qualifizierten Bachelors in Nursing und ihre Kompetenz hat man im deutschen System noch keine Verwendung und lässt zu, dass sie sich anderen Aufgabefeldern zuwenden.

Wertschätzung. Anerkennung und Respekt für Berufsangehörige drückt sich nicht nur in der Lohntüte aus (die Pflege ist hier sehr bescheiden und riskiert Altersarmut!), sondern vor allem im täglichen Umgang, in ihren Einflussmöglichkeiten und der Autonomie im Arbeitsfeld. Beruflich Pflegenden sind zwar die mit Abstand größte Berufsgruppe im deutschen Gesundheitswesen, müssen aber bis heute hinnehmen, keinen Einfluss, keine Mitsprache im System zu haben. Wenn über Pflege geredet und über die Verteilung von Budgets entschieden wird, sitzen andere Professionen am Tisch. Das war schon immer so und geht es nach denen, die heute das Machtmonopol besitzen, soll sich daran auch nichts ändern. Mehrere Sachverständigenräte haben angemahnt, die altherge-

brachten Strukturen und Zuständigkeiten der Berufe im deutschen Gesundheitswesen zu überdenken und innovativ auszurichten – vergeblich. Und so wird das Potenzial der Pflegeberufe bei weitem unterschätzt und bleibt vielfach ungenutzt. Die Herausforderung, für heute und morgen eine verlässliche Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu gestalten, ist groß und erfordert Kooperation, neues Denken, innovative Lösungsansätze und konsequente Ausrichtung an Ergebnisqualität und Versorgungseffizienz. Pflegefachpersonen sind ein wichtiger Teil der Lösung für ein sicheres und leistungsfähiges Pflege- und Gesundheitssystem. Ohne maßgebliche Beteiligung und Mitgestaltung der Pflegeberufe wird Deutschland viele der ehrgeizigen Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen verfehlen.

Es ist nichts weniger als eine nationale Schande, wie dieses reiche Land mit seinen Kranken und Alten umgeht. Und was es denjenigen zumutet, die eine pflegerische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen sollen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Artikel 1 unseres Grundgesetzes gilt nicht nur bis zu dem Zeitpunkt, wo Menschen alters- oder krankheitsbedingt schutz- und hilfebedürftig und damit abhängig werden. In einer solchen Lebensphase hat dieses Grundrecht in besonderer Weise seine Bewährungsprobe zu bestehen und muss mit aller Kraft durchgesetzt werden.

Prof. Christel Bienstein ist Präsidentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK)



Foto: ILO Deutschland

Equal Pay – Internationale Kernarbeitsnorm seit 1951: Wo stehen wir heute?

International gleicher Lohn

Geschlechtergerechte Bezahlung ist seit über 60 Jahren Kernelement des internationalen Völkerrechts. Die Kernarbeitsnorm 100 „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer (1951)“ der International Labour Organization (ILO) bildet die rechtliche Grundlage und hat Menschenrechtsstatus. Über 90 Prozent der 187 ILO Mitgliedsstaaten haben diese Norm ratifiziert, Deutschland bereits 1956. An einem politischen Commitment zu Equal Pay fehlt es also nicht, es mangelt an der tatsächlichen Durchsetzung.

Weltweit besteht eine Entgeltlücke von 23 Prozent. Deutschland liegt geringfügig unter dem globalen Durchschnitt, bleibt jedoch hinter vielen seiner europäischen Nachbarn zurück (EU Durchschnitt 16 Prozent). Hinzu kommt, dass Frauen weniger Stunden bezahlt arbeiten als Männer, aber nach ILO-Studien im Schnitt eineinhalb mal so viel, addiert man bezahlte und unbezahlte Arbeit (Pflege-, Familienarbeit) mit allen negativen Konsequenzen für die Alterssicherung. Die Segregation bei Studienfächern und Berufen hat weltweit zwischen den Geschlechtern zugenommen. Und auch da, wo Frauen es geschafft haben und in Führungspositionen arbeiten, ist keineswegs Geschlechtergleichheit – auch hier existiert der Gender-Pay-Gap.

Die Fakten zeigen uns: Lohngleichheit zu erzielen gelingt nicht auf dem Weg einer „natürlichen Entwicklung“. Die Ungleichheit wächst sich nicht aus. Selbst ILO – Studien, die belegen, dass die weltweite Wirtschaftskraft bei einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt um 67 Mrd. Euro erhöht werden könnte, führen nicht zu drastischen Kehrtwenden in der Wirtschaft. Was sind also wirksame Wege?

Internationale Beispiele – z. B. Skandinavien und Kanada, aber auch branchenspezifische Ansätze wie Portugal – geben die Richtung vor:

- Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie – Entgeltgleichheit muss Bestandteil der Tarifpolitik sein.
- Transparenz über Entlohnung und Entlohnungssysteme – Arbeitsbewertungsverfahren (z. B. der ILO Leitfaden) sorgen für Vergleichbarkeit und schaffen individuell wie strukturell neue Lohnfestsetzungen. Dies wird zu einer Aufwertung ganzer Branchen führen, allen voran für Pflegeberufe, die im Lichte des demographischen Wandels an Bedeutung gewinnen.
- Ein verbindlicher Rechtsrahmen setzt Leitplanken – Selbst gesetzte Zielvorgaben, Berichts- und Überprüfungsverpflichtungen.

Internationale Initiativen bringen Schub in die Umsetzung. ILO, OECD und UN-Women haben auf der UN-Vollversammlung 2017 die Equal Pay International Coalition (EPIC) gegründet mit dem Ziel, die besten Fakten, Argumente und Strategien zusammen zu führen. Auf dieser Plattform können Staaten, Gewerkschaften, Unternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und sich auf gemeinsame Ziele und Wege zur Umsetzung einigen. Voneinander lernen, miteinander neue Strategien entwickeln – Equal Pay bekommt damit ein internationales Gewicht, von dem die Durchsetzung in Deutschland profitieren wird.

Dr. Annette Niederfranke
ist Direktorin der ILO in Deutschland

Aus einer Hand

Die saarländische Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Monika Bachmann zum Modell zur Altersfeststellung von unbegleiteten minderjährigen Migranten.

Der starke Zustrom geflüchteter Menschen hat Deutschland im Sommer 2015 vor große Herausforderungen gestellt. Nicht nur Erwachsene haben sich auf die Flucht begeben und tun es immer noch, auch viele Kinder und Jugendliche hatten ohne elterlichen Beistand ihr Heimatland verlassen und sich auf den Weg nach Europa gemacht.

Im Saarland angekommen, fällt die Aufgabe der vorläufigen Inobhutnahme der geflüchteten Kinder und Jugendlichen seit Februar 2016 dem Land zu. Durch das Vorclearingverfahren, das im Saarland seitdem einheitlich für alle unbegleiteten minderjährigen Ausländer(umA) zentral am Schaumberger Hof durchgeführt wird, kommen die jungen Flüchtlinge an einer Stelle an, werden dort erstuntersucht, gegebenenfalls psychologisch und in jedem Fall pädagogisch betreut. Die zentrale Vorclearingstelle hat dann während der vorläufigen Inobhutnahme im sogenannten Erstscreening zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen fünf zentrale Punkte einzuschätzen:

1. Würde das Wohl des Minderjährigen durch die Durchführung des Verteilungsverfahrens gefährdet, im Hinblick sowohl auf die physische als auch auf die psychische Belastung?
2. Halten sich verwandte Person im Inland oder im Ausland auf?
3. Erfordert das Wohl des Minderjährigen eine gemeinsame Inobhutnahme mit Geschwistern oder anderen unbegleiteten ausländischen Kindern oder Jugendlichen?
4. Schließt der Gesundheitszustand des Minderjährigen die Durchführung des Verteilungsverfahrens innerhalb von 14 Werktagen nach Beginn der vorläufigen Inobhutnahme aus?
5. Ist das angegebene Alter zutreffend?

Um diese Fragen möglichst zeitnah und einheitlich für alle umA klären zu können, die im Saarland vorläufig in Obhut genommen werden, wurde die Einrichtung der zentralen Vorclearingstelle landesrechtlich geregelt, nicht zuletzt, um die örtlichen Jugendämter zu entlasten. Mit dem

Modell, das mit einem professionellen Team aus sozialpädagogischen und psychologischen Fachkräften, Ärzten und Dolmetschern am „Schaumberger Hof“ in Tholey betrieben wird, ist das Saarland bundesweit Vorreiter.

Dabei erfolgt neben der Selbstauskunft des unbegleitet eingereisten Minderjährigen, die Heranziehung der Ausweispapiere. Fehlen die Ausweispapiere, was ganz überwiegend der Fall ist, wird von den pädagogischen Fachkräften der zentralen Vorclearingstelle eine Befragung zu Herkunft und Fluchtgeschichte durchgeführt. Zusätzlich erfolgt eine qualifizierte Inaugenscheinnahme, d.h. das Erscheinungsbild des Flüchtlings wie etwa Bartwuchs oder körperliche Entwicklung wird in die Betrachtung einbezogen.

Sofern daraus keine eindeutige Einschätzung hervorgeht, wird von Amts wegen eine radiologische Untersuchung des Handgelenks durchgeführt, erforderlichenfalls und bisher nur in wenigen Ausnahmefällen, ergänzend des Gebisses und der Brustbein- Schlüsselbeingelenke. Ist eine ärztliche Untersuchung durchzuführen, wird die betroffene Person umfassend über die Untersuchungsmethode und über die möglichen Folgen der Altersbestimmung aufgeklärt. Die Untersuchung erfolgt nur mit Einwilligung des Minderjährigen. Sexualorgane dürfen nicht untersucht werden, d.h. es werden keine Genitaluntersuchungen zur Altersfeststellung durchgeführt.

Die Untersuchungen haben dabei ergeben, dass rund 35 Prozent der Untersuchten älter waren als angegeben und damit nicht mehr minderjährig, sodass sie nicht mehr unter das Jugendrecht fallen. Somit hat sich unsere Methode der Altersfeststellung durchaus bewährt.



Foto: Michael Handlmann/DRK



Das Deutsche Rote Kreuz ist die größte Hilfsorganisation Deutschlands – erstmals steht eine Frau an der Spitze: Gerda Hasselfeldt.

Risiken eingehen gehört dazu

Die Tatsache, dass sie die erste Frau als Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) ist, kommentiert Gerda Hasselfeldt eher gelassen: „Ich habe schon den Eindruck, es freuen sich viele und natürlich ist es ein gutes Signal.“ Zu oft hat sie es schon erlebt, in Spitzenfunktionen die erste Frau zu sein, zuletzt sechs Jahre als mächtige Chefin der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Letztlich müsse man im Amt beweisen, dass man es ausfülle. Lange war sie sogar Gegnerin jeder Quotendebatte, mittlerweile sieht sie auch das in vielen Bereichen entspannter, „im Zweifelsfall schadet das nicht, aber Frauen müssen sich halt auch trauen!“

Hasselfeldt hat sich in ihrer politischen Laufbahn immer getraut und nur selten bange machen lassen. Jetzt ist die 67jährige Katholikin im Ehrenamt Chefin der größten Hilfsorganisation des Landes mit 165.000 hauptamtlichen Mitarbeitern und über 400.000 ehrenamtlichen Helfern. Damit kommt viel Arbeit auf sie zu. Um sich ein Gesamtbild zu machen, will sie als erstes den Verband der Schwesternschaften vom DRK sowie alle eigenständigen 19 DRK-Landesverbände besuchen, die sich in insgesamt 500 Kreisverbände gliedern und von denen jeder regional unterschiedliche Schwerpunkte hat. In manchen Bundesländern ist beispielsweise der DRK-Rettungsdienst besonders stark. Woanders hat die ambulante Pflege einen hohen Anteil oder es gibt besonders viele DRK-Kindergärten, beides übrigens Bereiche, in denen überproportional viele Frauen tätig sind, teilweise bis zu 95 Prozent. Dazu kommen Aufgaben im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

und bei internationalen Einsätzen sowie die DRK-Blutspendedienste.

All das zu überschauen, gegenüber Politik und Gesellschaft zu repräsentieren und gleichzeitig fortzuentwickeln ist eine Mammutaufgabe – was reizt sie daran? „Hauptsächlich meine Grundüberzeugung, was für einen ungeheuren Wert das Deutsche Rote Kreuz für unser Land hat und zwar vom Rettungswesen über die Katastrophenvorsorge bis hin zu Ausbildung, Betreuung und bürgerlichem Engagement auf allen Ebenen“, beschreibt Hasselfeldt. „Die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen beeindruckt mich sehr, insofern ist mir die Stärkung des Ehrenamts besonders wichtig.“ Dies sei im Hinblick auf die demografische Entwicklung und den Mangel an Pflegekräften ohnehin unerlässlich.

Sie will sich dafür einsetzen, die Positionen des DRK in Deutschland, aber auch für internationale Einsätze zu festigen. Für solche, nur auf den ersten Blick global klingenden Ziele, gilt Hasselfeldt als Idealbesetzung. Immerhin hat sie in der CSU eine beispiellose Karriere hingelegt, war zwei Mal Bundesministerin, Bundestags-Vizepräsidentin und zuletzt Landesgruppenchefin. Sie ist in der Bundespolitik bestens verdrahtet, gilt als fordernd und außerordentlich beharrlich, ohne die üblichen Konflikte zu inszenieren. Mit diesem ruhigen Politikstil hat sie bisher sehr viel erreicht und manche Opposition überrumpelt. Vor allem aber mag sie es gerne konkret und nennt direkt erste Themen, die sie beim DRK angehen will: „Wir werden zum Beispiel in nächster Zeit Fragen der betrieblichen Freistellung für dringend benötig-

frau & info

te ehrenamtliche Tätigkeiten ansprechen. Dies betrifft ganz generell die Wertschätzung für das Ehrenamt. Und wir werden eine rechtliche Gleichstellung von Helfern des DRK und anderer Hilfsorganisationen mit THW und Feuerwehr auf die Agenda setzen, denn die Rechtslage ist in jedem Bundesland anders, was vieles mühsam macht.“ Außerdem gelte es angesichts der Herausforderungen bei der Integration zu verhindern, dass der Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug in diesem Jahr ausläuft. „Wir haben derzeit schon beim Freiwilligen Sozialen Jahr und beim Bundesfreiwilligendienst mehr Bewerber als Plätze. Die müssen jeweils aufgestockt werden“, erklärt Hasselfeldt.

Themen gibt es auch intern – etwa wie umgehen mit Gewalt gegen Rettungskräfte, Feuerwehr und andere Nothelfer? „Wer Rettungskräfte im Einsatz beschimpft oder gar angreift, gefährdet Menschenleben und gehört bestraft“, sagte Hasselfeldt und man hört eine gewisse Fassungslosigkeit in ihrer Stimme. Die Strafen für solche Übergriffe seien erst im vergangenen Jahr verschärft worden und sollten gegenüber den Tätern auch voll ausgeschöpft werden, um endlich Abschreckung zu erreichen.

Theoretisch ist sie ja im politischen Ruhestand, will sich mehr mit den fünf Enkelkindern beschäftigen, den Garten pflegen und die langersehnten Klavierstunden nehmen – bleibt abzuwarten, wieviel Freizeit ihr das neue Präsidentenamt beim DRK am Ende lässt.

Zumal: Die Powerfrau aus Bayern ist gerade erst dabei, sich in ihr neues Amt einzuarbeiten, die neue Regierung in Berlin dürfte bald von ihr hören. Ein Motto, das sie übrigens jungen Frauen gerne mit auf den Weg gibt: „Nicht darauf warten, dass man gerufen wird. Risiken eingehen gehört dazu. Niederlagen nie persönlich nehmen.“

Vera Schalck

Neue Gesichter



Foto: Tobias Koch

Dr. Katja Leikert aus Bruchköbel ist neu im Faktionsvorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Als Stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist sie für den Themenbereich Europapolitik, Europa Koordination, Parlamentarische Zusammenarbeit in Europa, VB Brüssel, EVP-Fraktion, Menschenrechte zuständig. Sie ist neben den wiedergewählten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gitta Connemann, Nadine Schön und Sabine Weiss, die vierte Frau in der Riege der Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder.

Bei den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die bisherige Vorsitzende der Gruppe der Frauen, die Stuttgarterin Karin Maag als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit neu am Start. Neben Marie-Luise Dött, Daniela Ludwig (CSU), Antje Tillmann und Elisabeth Winkelmeier-Becker ist sie die fünfte AG-Vorsitzende im Bunde.

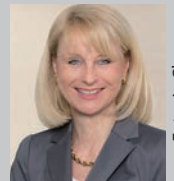


Foto: L. Chaperon



Foto: Tobias Koch

Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Yvonne Magwas zu ihrer neuen Vorsitzenden und Anja Weisgerber (CSU) zu ihrer ersten Stellvertreterin gewählt. Yvonne Magwas stammt aus Sachsen und gehört dem Deutschen Bundestag seit 2013 an. Sie ist ordentliches Mitglied im Bildungs- sowie im Kulturausschuss. Als weitere Stellvertreterinnen wurden Katharina Landgraf, Silke Lauernt (CSU), Elisabeth Motschmann, Kerstin Radomski und Nadine Schön gewählt. Der Gruppe der Frauen gehören alle weiblichen Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag an, das sind in der 19. Legislaturperiode 49 Abgeordnete.

Bei den 23 ständigen Ausschüssen in der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sind zwei neue weibliche Ausschussvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Zur Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages wurde die Rechtsanwältin Andrea Lindholz (CSU) gewählt. Damit übernimmt die Goldbacherin aus Bayern nach Wolfgang Bosbach und Ansgar Heveling als erste Unionsfrau den Innenausschussvorsitz.



Foto: Tobias Koch



Foto: Foto-Objekt-Design-Koglin

Heike Brehmer, CDU-Bundestagsabgeordnete für den Harz und das Salzland, ist die neue Vorsitzende des Ausschusses für Petitionen des Deutschen Bundestages.



Weibliche Kandidaturen bei Wahlen: Rechtzeitige Vorbereitung ist entscheidend

Frauen gewinnen

Nach der Wahl ist vor der Wahl: In Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern stehen am 26. Mai 2019 neben den Europawahlen auch Kommunalwahlen an. Für die Frauen Union bedeutet dies eine besondere Herausforderung, ist der Frauenanteil in den Parlamenten doch insgesamt nicht zufriedenstellend und werden die ohnehin ernüchternden Zahlen von der CDU in der Regel noch unterboten.

Will die CDU als Volkspartei auch in Zukunft erfolgreich sein, ist ein höherer Frauenanteil unter den CDU-Mandatsträgern elementar. Erste und selbstverständliche Voraussetzung sind genügend Kandidatinnen, bei der Kommunalwahl darüber hinaus nicht nur auf den hinteren Plätzen, sondern ausgewogen auf der ganzen CDU-Liste verteilt.

Häufig scheitert dieser Plan nicht nur an starken „Gegenkräften“ in unserer Partei, sondern auch daran, dass mit den Vorbereitungen erst begonnen wird, wenn andere schon längst erfolgreich ihre Netzwerke gepflegt und den guten Listenplatz für sich gesichert haben.

Die Frauen Union Nordwürttemberg legt daher schon jetzt los und stellte am 27. Januar ihr traditionelles Neujahrsfrühstück unter das Thema: „Kommunalwahl 2019: Frauen gewinnen, erfolgreich kandidieren“.

Der erfahrene Kommunalpolitiker und Vorsitzende der KPV Baden-Württemberg, Klaus Herrmann aus Ludwigsburg, gab hierzu einen ersten Impuls. Übereinstimmend mit der Landesvorsitzenden Dr. Inge Gräßle MdEP und Bezirksvorsitzenden Susanne Wetterich bezeichnete auch er den geringen Frauenanteil als

Nachteil für die CDU. Und er mache Mut, sich nicht von durch nicht belegten Vorurteilen beeindrucken zu lassen – zum Beispiel, dass Frauen angeblich keine Frauen wählen würden.

Fünf Punkte nannte Herrmann für eine erfolgreiche Kandidatur bei Kommunalwahlen:

1. Die Erfahrung zeige, dass Menschen gewählt werden, die in der Öffentlichkeit wirken und entsprechend bekannt sind. Deshalb empfiehlt es sich, Frauen, die im gesellschaftlichen Leben verankert sind und der CDU nahestehen, auf die Liste zu nehmen, auch wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Kandidatur noch nicht Mitglied sind.
2. Positive Beispiele herausstellen: Wenn man Frauen fragt, ob sie nicht kandidieren möchten höre man häufig: „Kann ich das?“ Es gelte, Frauen Mut zu machen, beispielsweise, indem amtierende Gemeinderätinnen vorgestellt werden. Das verdeutliche: Um als Gemeinderat zu bestehen, genügt gesunder Menschverstand.
3. Wer kandidiert, braucht einen langen Atem. Dafür spreche sein eigenes Beispiel, berichtete Herrmann: Als er das erste Mal antrat, war er Schülersprecher und meinte, das würde genügen. Dem war aber nicht so, aber im Gegensatz zu vielen anderen war er zwar enttäuscht, habe sich aber nicht beirren lassen. Im dritten Anlauf klappte es dann.
4. Am schlechtesten sind Frauen im Kreistag vertreten. Um das zu ändern, empfiehlt es sich, gezielt auf Frauen zuzugehen, die schon im Gemeinderat arbeiten.

frau & info



Foto: privat

5. Erfolgreich kandidieren – richtiger Wahlkampf: Es genüge nicht, einen schönen Prospekt zu haben, sondern diese müssten auch individuell, beispielsweise bei Hausbesuchen, verteilt werden. Denn bei den Gemeinderatswahlen sei der Bekanntheitsgrad ausschlaggebend für den Erfolg.

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde deutlich: Die Gewinnung von Frauen kann nicht eine Aufgabe allein der Frauen Union sein, sondern muss von der ganzen Partei getragen und von den Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen der CDU und der Vereinigungen vorangetrieben werden. Die auch in Schwäbisch Gmünd heftig und engagiert geführte Debatte über die Position der CDU-Landtagsfraktion zur Reform des baden-württembergischen Landtagswahlrechts zeigte dabei ganz aktuell, dass wir hier noch ganz dicke Bretter vor uns haben.

Die FU-Kreisverbände machen sich jetzt daran, mögliche Kandidatinnen anzusprechen. Hierzu werden im Bezirksvorstand weitere Tipps erarbeitet, die ab Anfang März allen Kreisverbänden zur Verfügung stehen.

Im weiteren Jahresverlauf wird die Bezirks-FU regelmäßig den Stand in den Kreisen abfragen und gegebenenfalls weitere Hilfestellungen geben. Ziel ist, die Zahl der Gemeinden, in denen die Hälfte der CDU-Kandidaten weiblich ist, mit dieser Kommunalwahl zu steigern. Dabei gilt es, die Kräfte zu bündeln, realistische Schwerpunkte zu setzen und sich auf geeignete Städte und Gemeinden zu konzentrieren. Darüber hinaus startet die Konrad-Adenauer-Stiftung im Frühjahr das Mentoring-Programm für Kandidatinnen.

Nach der Wahl wollen wir das Ergebnis analysieren und für die Zukunft klare und messbare Ziele setzen.

Susanne Wetterich ist Vorsitzende Frauen Union der CDU Bezirk Nordwürttemberg

Unorthodox



Deborah Feldmann wächst in der chassidischen Satmar-Gemeinde in Williamsburg, New York, auf. Es ist eine der strengsten jüdischen Gruppe weltweit. In ihrem Roman „Unorthodox“ schildert sie ihren Lebensweg, der von der Unterwerfung unter die strikten Regeln der Glaubensgemeinschaft von Ausgrenzung, Armut und Unterwerfung gekennzeichnet ist. Es ist zugleich eine Schilderung gegen die Zwänge und ihren mutigen Weg in ein anderes Leben. Um ihren Sohn ein Leben in Freiheit zu

ermöglichen, befreit die sich aus den Zwängen des religiösen Extremismus. Und verlässt ihre Familie. „Unorthodox“ schildert ein Leben mitten in New York, das man kaum für möglich hält. Bei seinem Erscheinen führte das Buch schlagartig die Bestsellerliste der New York Times an. Deborah Feldmann lebt heute mit ihrem Sohn in Berlin.

Deborah Feldmann: „Unorthodox“, Verlag: btb, Taschenbuch, Klappenbroschur, 384 Seiten, ISBN: 978-3-442-71534-3, 10,00 Euro

Deborah Feldman setzt ihre Lebensmitschrift in dem faszinierenden Buch „Überbitten“ fort, welches bereits im Buchhandel beim Seccession Verlag, Zürich 2017, ISBN 9783906910000, Gebunden, 704 Seiten, 28,00 EUR erschienen ist.

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,- Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

FU!

70 Jahre

Frauen Union der CDU
Das Plus für Frauen

Jubiläumsveranstaltung mit Angela Merkel

Bundeskanzlerin und Vorsitzende der CDU Deutschlands

Samstag, 5. Mai 2018

11.00 – 16.00 Uhr

Das Spenerhaus

Dominikanergasse 5

60311 Frankfurt am Main

Jubiläumsveranstaltung und Kreisvorsitzenden-Konferenz

Tagungsbeitrag 20 Euro

Anmeldung erforderlich unter veranstaltung-fu.de

CDU